Ä1 zu EP-FR-01: C – Was Frieden schützt

Antragsteller*innen Ali Khademolhosseini

Antragstext

Von Zeile 356 bis 357 einfügen:

Schutz zu
erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung fortführen zu können.

Eine proaktive EU in einer instabilen Welt
In einer Zeit, in der die demokratischen Grundlagen und Freiheiten weltweit unter Beschuss stehen, sehen wir es als unerlässlich an, die Europäische Union in der Verteidigung, Unterstützung und Förderung der Demokratie Bemühungen zu stärken. Daher setzen wir uns für die Verankerung der Demokratieförderung und Demokratie-Unterstützung als zentrales Element in der Gestaltung der Außenbeziehungen und der Außenpolitik der EU ein. Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik sollte in enger Abstimmung mit EU-Agenturen und Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass demokratische Werte in allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen eine Rolle spielen. Wir fordern den Rat der Europäischen Union auf, eine klare Strategie für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verabschieden, die die weltweite Unterstützung der Demokratie fördert.
Um die Kapazitäten der demokratischen zivilen Widerstandsbewegungen wirksam zu stärken, fordern wir die Bildung spezieller Arbeitsgruppen, die sowohl auf EU-Ebene als auch innerhalb der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Diese Arbeitsgruppen sollten sich mit der Evaluierung und Straffung der Mechanismen zur Unterstützung dieser Bewegungen befassen. Dabei ist die Einrichtung eines speziellen Fonds für die Bekämpfung von Autoritarismus und die Unterstützung ziviler Widerstandsbewegungen von zentraler Bedeutung. Dieser Fonds sollte in innovative Programme investieren, die sich auf Bildung, Kapazitätsaufbau, Unterstützung von Streiks und die Zusammenarbeit von Dissidenten fokussieren.
Wir setzen uns für eine proaktive Rolle der führenden EU-Institutionen bei der Unterstützung ziviler Widerstandsbewegungen ein. Finanzielle Mittel sollten flexibel und mehrjährig zur Verfügung gestellt werden, um eine langfristige Planung und Anpassung an die sich entwickelnden Bedürfnisse der Bewegungen zu ermöglichen. Insbesondere sollte

die mehrjährige Finanzierung für die Ausbildung und den Kapazitätsaufbau erhöht werden, um schnell auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bewegungen reagieren zu können.
Die EU sollte ihre konvenierende Macht nutzen, um internationale NRO, Zivilgesellschaft und Aktivisten in der Frühphase von Bewegungen zusammenzubringen. Wir fordern die Einrichtung von Plattformen für den Austausch von Visionen und Strategien für demokratische Übergänge und die Schaffung beratender Expertengruppen, die in Übergangsprozessen beraten können. Es sollten auch Ressourcen bereitgestellt werden, um ein günstiges rechtliches Umfeld für Menschenrechtsbewegungen zu schaffen. Dies beinhaltet das Eintreten für Rechtsreformen und die Bereitstellung von rechtlicher und finanzieller Soforthilfe für Aktivisten.
Um sicherzustellen, dass die oben skizzierten Maßnahmen nicht nur kurzfristige Abhilfe schaffen, sondern nachhaltige Veränderungen bewirken, legen wir großen Wert auf Bildung und Information. Wir fordern eine Erhöhung der mehrjährigen Finanzierung für Bildungsressourcen für internationale Aktivisten. Dies sollte die Entwicklung von in mehreren Sprachen frei verfügbaren Lehrmaterialien über zivilen Widerstand umfassen.
Damit setzen wir den Grundstein für ein noch ambitionierteres Unterfangen: die Etablierung eines "Rechts auf Hilfe" (R2A), welches als moralischer und rechtlicher Kompass in internationalen Angelegenheiten dienen sollte. Das Prinzip von R2A ist grundlegend: Unabhängig davon, wo Menschen leben, haben sie das Recht, Hilfe zu beantragen und zu erhalten, um ihre grundlegenden Menschenrechte zu schützen und zu fördern. Dieses R2A ist nicht nur ein Werkzeug der internationalen Solidarität, sondern respektiert auch die grundlegenden Prinzipien der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung. Es wird aktiviert, wenn nationale Regierungen ihren grundlegenden Menschenrechtspflichten nicht nachkommen, und dient als Rahmen für koordinierte, internationale Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen. Wir setzen uns für die Gründung einer multilateralen Task Force ein, die das Konzept eines global anerkannten R2A ausarbeitet. Diese Task Force sollte nicht nur auf die Rechtslage fokussieren, sondern auch praktikable Mechanismen zur Umsetzung in Krisensituationen entwickeln. Um den Erfolg dieses ehrgeizigen Projekts zu gewährleisten, fordern wir, dass angemessene finanzielle und personelle Ressourcen für die Arbeit dieser Task Force bereitgestellt werden.
Um den Diskurs zu bereichern und vielfältige Perspektiven einzubeziehen, möchten wir eine Multi-Stakeholder-Dialoge initiieren. Diese sollten dedizierte Foren und Konsultationsmechanismen umfassen und eine breite Palette von Interessengruppen, von Regierungen und NGOs bis hin zu Aktivist*innen, in die Umsetzung von R2A integrieren.
Die Einhaltung internationaler Menschenrechtsgesetze und -normen muss prioritär behandelt werden. Wir fordern die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Verpflichtungen in diesem Bereich zu verstärken. Insbesondere sollte die Unterstützung für zivile

Widerstandsbewegungen als Ausdruck internationaler Solidarität und als Bestandteil von R2A anerkannt werden.
Auf diplomatischer Ebene sollte die Umsetzung von R2A institutionalisiert werden. Wir setzen uns für die Einrichtung spezialisierter Positionen in den EU-Diplomatievertretungen, die sich ausschließlich mit R2A und seiner Umsetzung befassen. Diese Diplomat*innen sollten als Schnittstelle zwischen der internationalen Gemeinschaft und lokalen Aktivisten fungieren und eng mit der R2A-Task Force kooperieren. Diplomatische Vertretungen in Schlüsselländern sollten spezielle Beauftragte für den Dialog mit pro-demokratischen Bewegungen haben. Die Ausbildung von Diplomaten muss ebenfalls aktualisiert werden, um einen Fokus auf zivilen Widerstand und demokratische Übergänge zu legen. Dadurch werden unsere diplomatischen Bemühungen effektiver und an die aktuellen Herausforderungen angepasst.
Darüber hinaus fordern wir die Entwicklung eines abgestuften Rahmens für eskalierende Reaktionen auf gewaltsame Repressionen. Dies sollte durch eine spezielle Arbeitsgruppe erfolgen, die einen systematischen Ansatz zur Reaktion auf solche Vorfälle entwickelt.
Wir setzen uns für die Gründung einer neuen Koordinierungsstelle, die sich der Förderung der Demokratie widmet. Diese Stelle würde unter der Schirmherrschaft der EU, der G7 oder einer ähnlichen Koalition demokratischer Staaten stehen. Ihre Hauptaufgaben wären die Unterstützung demokratischer Bewegungen durch moralische, rechtliche und finanzielle Mittel und die Durchführung von Untersuchungen zur Identifizierung von Sanktionszielen.
Zuletzt darf die Rolle der Medien nicht vernachlässigt werden. Die Berichterstattung über Menschenrechtsverletzungen und Krisensituationen ist entscheidend für die Glaubwürdigkeit von R2A-Initiativen. Deshalb fordern wir die EU auf, Medienorganisationen, die in diesem Bereich tätig sind, sowohl finanziell als auch technisch zu unterstützen.
Durch die Umsetzung dieser vielschichtigen Maßnahmen erfüllt die EU nicht nur ihre moralische und rechtliche Verantwortung für die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, sondern schafft zugleich einen robusten und vielseitigen Rahmen für die Implementierung eines "Rechts auf Hilfe". Dies stellt eine humane und effektive Antwort auf die komplexen Herausforderungen unserer Zeit dar. Zudem ermöglicht es der Union, eine proaktive und wirkungsvolle Außenpolitik in einer zunehmend instabilen Welt zu betreiben. Indem wir diese integrierte Strategie verfolgen, sind wir in der Lage, unsere eigenen demokratischen Werte nicht nur zu verteidigen, sondern auch als Vorreiter in der globalen Förderung der Demokratie zu agieren. So gewährleisten wir, dass die Europäische Union den vielschichtigen Herausforderungen einer immer komplexer werdenden geopolitischen Landschaft wirkungsvoll begegnen kann.